

Henning von Stosch  
Mühlenstr. 5  
D- 25421 Pinneberg

08. Februar 2018

Herrn  
Eric Müller  
In den Heilgärten 2  
56332 Niederfell

Geschäftsnummer: DR I 78/18 und 76 M 170/18

Lieber Herr Müller,

Sie bezeichnen sich selber als Gerichtsvollzieher, haben aber eine Anschrift, die von der Adresse des Amtsgerichtes Koblenz abweicht.

Ich schließe daraus, daß Sie Unternehmer sind. Beamter können Sie damit nicht sein!

**Bitte teilen Sie mir die Rechtsgrundlage mit, die Sie berechtigt mir angeblich amtlich, ein Schriftstück zustellen zu dürfen.**

Ihre Auftraggeber, die nach meiner klaren Meinung einfach nur BAMBIMÖRDER sind, wechseln ständig die Auftragnehmer. Ihren Kollegen-innen stelle ich immer die Frage nach der Rechtsgrundlage und auch Sie werden diese Frage wahrscheinlich nicht beantworten können.

Bleiben Sie bitte entspannt: Selbst die Direktorin des Amtsgerichtes Pinneberg belügt mich schriftlich. Nach ihrer Meinung können Inhaber von Privatfirmen gleichzeitig Beamte sein. Und diese unzutreffende Meinung sondert sie als VOLLJURISTIN ab. Nach meiner klaren Meinung ist sie eher eine VOLLIDIOTENJURISTIN!

Lieber Herr Müller, damit Ihnen klar wird, für wen Sie da die Drecksarbeit erledigen sollen, schauen Sie bitte ins Internet auf die Seite [www.archive.org](http://www.archive.org) . Dort suchen Sie bitte gleichzeitig nach den drei Worten:

- Landrat
- Stolz
- Abgrund

Die Bambimörder sind schuld am politischen Untergang vom NochImmer-Landrat Stolz, der jetzt unmittelbar ansteht.

Es ist meine klare Meinung: Die Bambimörder sollen ein Wunder vollbringen, in der Hoffnung, daß ich etwas mache, womit man mich endlich kriminalisieren kann. Bisher hat das nicht verfangen und es wird auch in Zukunft nicht verfangen.


Sie, lieber Herr Müller, sollten sich einfach überlegen, wem Sie dienen. Niemand zwingt Sie den Auftrag zu beenden. Sie können ihn zurückgeben!



von Stosch

Hanning von Stösch  
Mühlenstr. 5  
25427 Pinnberg



Deutsche Post 

08.02.18

FILIALE F10155D28A

0.70 EUR

Herrn Günter  
Erich Müller  
In den Hülsgärten 2  
56332 Niederfell

**Absender:**

Obergerichtsvollzieher Eric Müller  
56332 Niederfell, In den Heilgärten 2  
IBAN DE11 5705 0120 0102 7368 57 - BIC MALADE51KOB  
Tel.: 02607/4230 Mobil 0177/5787129, Sprechstunden: Di+Do 14

Geschäftsnummer: Weitere Kennzeichen:

DR I 78/18

76 M 170/18

Abs.: OGV Eric Müller, Id. Heilgärten 2, 56332 Niederfell

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5

25421 Pinneberg

Deutsche Post 

Hinweis: Umschlag bitte auf-  
bewahren, siehe Vorblatt

**Förmliche Zustellung**

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

**Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke**

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

**Zugestellt am**

(Datum, ggf. Uhrzeit, Unterschrift)

*M. 32.18*

**Absender:**

Obergerichtsvollzieher Eric Müller  
56332 Niederfell, In den Heilgärten 2  
IBAN DE11 5705 0120 0102 7368 57 - BIC MALADE51KOB  
Tel.: 02607/4230 Mobil 0177/5787129, Sprechstunden: Di+Do 14

Geschäftsnummer: Weitere Kennzeichen:

**DR I 78/18**

**76 M 170/18**

Abs.: OGV Eric Müller, I.d. Heilgärten 2, 56332 Niederfell

Herrn  
Henning von Stosch  
Mühlenstraße 5

25421 Pinneberg

## Förmliche Zustellung

Weitersenden innerhalb des

- ☐ Bezirks des Amtsgerichts  
☐ Bezirks des Landgerichts  
☒ Inlands

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

- ☐ Ersatzzustellung ausgeschlossen  
☐ Keine Ersatzzustellung an:  
  
☐ Nicht durch Niederlegung zustellen  
☐ Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

Hinweis: PLZ und Ort sind für die schmalen Fenster der Um-Umschläge an den Rand positioniert.

## Vorblatt zur Zustellungssendung

### Wichtiger Hinweis:

Mit dieser Sendung werden Ihnen in gesetzlich vorgeschriebener Form die im Umschlag enthaltenen Schriftstücke förmlich zugestellt. Die förmliche Zustellung eines Schriftstücks dient dem Nachweis, dass dem Adressaten in gesetzlich vorgeschriebener Form Gelegenheit gegeben worden ist, von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen, und wann das geschehen ist.

Den TAG DER ZUSTELLUNG vermerkt der Zusteller auf dem Umschlag (siehe Vorderseite). Bitte verwahren Sie den Umschlag zusammen mit den darin enthaltenen Schriftstücken (auch diesem Vorblatt) auf. Dies dient als Beleg, wenn Sie angeben müssen, welche Schriftstücke Ihnen wann zugestellt worden sind.

Wird der Zustellungsadressat oder eine zum Empfang des Schriftstücks berechtigte Person in der angegebenen Wohnung oder in den angegebenen Geschäftsräumen nicht angetroffen, kann das Schriftstück in einen zu der Wohnung oder dem Geschäftsraum gehörenden Briefkasten eingelegt werden. Mit der Einlegung gilt das Schriftstück als zugestellt.

**Bitte wenden Sie sich bei allen Fragen an d. Auftraggeber / Gläub. / Vertr.!**

**D. Gerichtsvollz. ist nur Zusteller.**





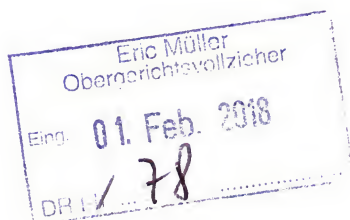
Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel

**Amtsgericht Pinneberg**

**Vollstreckungsgericht**

**Bahnhofstr. 17**

**25421 Pinneberg**



**Hinweis:**

Soweit für den Antrag eine zweckmäßige Eintragungsmöglichkeit in diesem Formular nicht besteht, können ein geeignetes Freifeld sowie Anlagen genutzt werden.

gedruckt mit RA-MICRO

**Bestandteile Abschrift**

1

**Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses insbesondere wegen gewöhnlicher Geldforderungen**

**Es wird beantragt**, den nachfolgenden Entwurf als Beschluss auf ☒ Pfändung ☒ und ☒ Überweisung zu erlassen.

☒ Zugleich wird beantragt, die Zustellung zu vermitteln (☒ mit der Aufforderung nach § 840 der Zivilprozessordnung - ZPO).

☐ Die Zustellung wird selbst veranlasst.

Es wird gemäß dem nachfolgenden Entwurf des Beschlusses Antrag gestellt auf

☐ Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen (§ 850e Nummer 2 ZPO)

☐ Zusammenrechnung von Arbeitseinkommen und Sozialleistungen (§ 850e Nummer 2a ZPO)

☐ Nichtberücksichtigung von Unterhaltsberechtigten (§ 850c Absatz 4 ZPO)

☐

Es wird beantragt,

☐ Prozesskostenhilfe zu bewilligen

☐ Frau Rechtsanwältin / Herrn Rechtsanwalt

beizuordnen.

☐ Prozesskostenhilfe wurde gemäß anliegendem Beschluss bewilligt.

**Anlagen:**

☒ Schultitel und 7 Vollstreckungsunterlagen

☐ Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nebst Belegen

☒ Forderungskonto 2034/15

☒ Verrechnungsscheck für Gerichtskosten

☐ Gerichtskostenstemplar

☐ Ich drucke nur die ausgefüllten Seiten

(Bezeichnung der Seiten)

aus und reiche diese dem Gericht ein.

18.01.2018

SAZ Muradzadeh

Datum

(Unterschrift Antragsteller/-in)

<b>Amtsgericht</b>	Pinneberg
	Bahnhofstr. 17
<b>Anschrift:</b>	25421 Pinneberg
<b>Geschäftszeichen:</b>	76 u 1701/18

☒ **Prändungs-** ☒ **und** ☒ **Überweisungsbeschluss**  
in der Zwangsvollstreckungssache

des/der Herrn/Frau/Firma	Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband		<b>- Gläubiger -</b>
	c/o Herrn Hans Wörmcke		
	Großer Ring 28		
	25492 Heist		
vertreten durch Herrn/Frau/Firma	Triskatis & Kollegen		
	Rechtsanwälte		
	Lindenstr. 19-21		
	25421 Pinneberg		
Aktenzeichen des Gläubigervertreeters 2034/15T06 / Hu			
Bankverbindung	<input type="checkbox"/> des Gläubigers	<input checked="" type="checkbox"/> des Gläubigervertreeters	
IBAN:	DE36221914050049707050		
BIC: Angabe kann entfallen, wenn IBAN mit DE beginnt.			

**gegen**

Herrn/Frau/ Firma	Henning von Stosch		<b>- Schuldner -</b>
	Mühlenstraße 5		
	25421 Pinneberg		
vertreten durch Herrn/Frau/Firma			
Aktenzeichen des Schuldnervertreeters			
<b>Nach dem Vollstreckungstitel / den Vollstreckungstiteln</b> (den oder die Titel bitte nach Art, Gericht/Notar, Datum, Geschäftszeichen etc. bezeichnen) vollstreckbare Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des AG Pinneberg vom 17.01.2017 Az.: 67 C 77/15			

**kann der Gläubiger von dem Schuldner nachfolgend aufgeführte Beträge beanspruchen:**

€	<input type="checkbox"/> Hauptforderung	<input type="checkbox"/> Teilhauptforderung
€	<input type="checkbox"/> Restforderung aus Hauptforderung	
€	<input type="checkbox"/> nebst _____ % Zinsen daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> nebst Zinsen in Höhe von <input type="checkbox"/> 5 Prozentpunkten <input type="checkbox"/> 2,5 Prozentpunkten <input type="checkbox"/> 8 Prozentpunkten <input type="checkbox"/> _____ Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszins daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> Säumniszuschläge gemäß § 193 Absatz 6 Satz 2 des Versicherungsvertrags- gesetzes	
€	<input type="checkbox"/> titulierte vorgerichtliche Kosten	<input type="checkbox"/> Wechselkosten
€	<input type="checkbox"/> Kosten des Mahn- / Vollstreckungsbescheides	
€	<input type="checkbox"/> festgesetzte Kosten	
€	<input type="checkbox"/> nebst <input type="checkbox"/> 4% Zinsen <input type="checkbox"/> _____ % Zinsen daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> nebst Zinsen in Höhe von <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/> _____ Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz daraus/aus _____ Euro seit dem _____ <input type="checkbox"/> bis _____	
€	<input type="checkbox"/> bisherige Vollstreckungskosten	
€	<b>Summe I</b>	
482,68 €	<input checked="" type="checkbox"/> gemäß Anlage(n) Forderungskonto 2034/15 (zulässig, wenn in dieser Aufstellung die erforderlichen Angaben nicht oder nicht vollständig eingetragen werden können)	
(wenn Angabe möglich)		
482,68 €	<b>Summe II</b> (aus Summe I und Anlage(n))	
(wenn Angabe möglich)		

**Wegen dieser Ansprüche sowie wegen der Kosten für diesen Beschluss (vgl. Kostenrechnung) und wegen der Zustellungskosten für diesen Beschluss wird / werden die nachfolgend aufgeführte/-n angebliche/-n Forderung /-en des Schuldners gegenüber dem Drittschuldner - einschließlich der künftig fällig werdenden Beträge - so lange gepfändet, bis der Gläubigeranspruch gedeckt ist.**

**Drittschuldner** (genaue Bezeichnung des Drittschuldners: Firma bzw. Vor- und Zuname, vertretungsberechtigte Person/-en, jeweils mit Anschrift, Postfach-Angabe ist nicht zulässig; bei mehreren Drittschuld-  
nern ist eine Zuordnung des Drittschuldners zu der/den zu pfändenden Forderung/-en vorzunehmen.)

Herr / Frau / Firma

1. Debeka Bausparkasse AG

Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56073 Koblenz

**Forderung aus Anspruch**☐ **A (an Arbeitgeber)**☐ **B (Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)**

Art der Sozialleistung: \_\_\_\_\_

Konto-/Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

☐ **C (an Finanzamt)**☒ **D (an Kreditinstitute)**☐ **E (an Versicherungsgesellschaften)**

Konto-/Versicherungsnummer: \_\_\_\_\_

☒ **F (an Bausparkassen)**☐ **G**☐ **gemäß gesonderter Anlage(n)** \_\_\_\_\_**Anspruch A (an Arbeitgeber)**

1. auf Zahlung des gesamten gegenwärtigen und künftigen Arbeitseinkommens (einschließlich des Geldwertes von Sachbezügen)
2. auf Auszahlung des als Überzahlung jeweils auszugleichenden Erstattungsbetrages aus dem durchgeführten Lohnsteuer-Jahresausgleich sowie aus dem Kirchenlohnsteuer-Jahresausgleich für  
das Kalenderjahr \_\_\_\_\_ und für alle folgenden Kalenderjahre
3. auf

**Anspruch B (an Agentur für Arbeit bzw. Versicherungsträger)**

auf Zahlung der gegenwärtig und künftig nach dem Sozialgesetzbuch zustehenden Geldleistungen.  
Die Art der Sozialleistungen ist oben angegeben.

**Anspruch A und B**

Die für die Pfändung von Arbeitseinkommen geltenden Vorschriften der §§ 850 ff. ZPO in Verbindung mit der Tabelle zu § 850c Absatz 3 ZPO in der jeweils gültigen Fassung sind zu beachten.

**Anspruch C (an Finanzamt)**

auf Auszahlung

1. des als Überzahlung auszugleichenden Erstattungsbetrages bzw. des Überschusses, der sich als Erstattungsanspruch bei Abrechnung der auf die Einkommensteuer (nebst Solidaritätszuschlag) und Kirchensteuer sowie Körperschaftsteuer anzurechnenden Leistungen für das abgelaufene Kalenderjahr \_\_\_\_\_ und für alle früheren Kalenderjahre ergibt
  2. des Erstattungsbetrages, der sich aus dem Erstattungsanspruch zu viel gezahlter Kraftfahrzeugsteuer für das Kraftfahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen \_\_\_\_\_ ergibt
- Erstattungsgrund:



### Anspruch D (an Kreditinstitute)

1. auf Zahlung der zu Gunsten des Schuldners bestehenden Guthaben seiner sämtlichen Girokonten (insbesondere seines Kontos siehe Anlage \_\_\_\_\_) bei diesem Kreditinstitut einschließlich der Ansprüche auf Gutschrift der eingehenden Beträge; mitgepfändet wird die angebliche (gegenwärtige und künftige) Forderung des Schuldners an den Drittschuldner auf Auszahlung eines vereinbarten Dispositionskredits ("offene Kreditlinie"), soweit der Schuldner den Kredit in Anspruch nimmt
2. auf Auszahlung des Guthabens und der bis zum Tag der Auszahlung aufgelaufenen Zinsen sowie auf fristgerechte bzw. vorzeitige Kündigung der für ihn geführten Sparguthaben und/oder Festgeldkonten, insbesondere aus Konto \_\_\_\_\_
3. auf Auszahlung der bereitgestellten, noch nicht abgerufenen Darlehensvaluta aus einem Kreditgeschäft, wenn es sich nicht um zweckgebundene Ansprüche handelt
4. auf Zahlung aus dem zum Wertpapierkonto gehörenden Gegenkonto, insbesondere aus Konto \_\_\_\_\_, auf dem die Zinsgutschriften für die festverzinslichen Wertpapiere gutgebracht sind
5. auf Zutritt zu dem Bankschließfach Nr. \_\_\_\_\_ und auf Mitwirkung des Drittschuldners bei der Öffnung des Bankschließfachs bzw. auf die Öffnung des Bankschließfachs allein durch den Drittschuldner zum Zweck der Entnahme des Inhalts
6. auf \_\_\_\_\_

### Hinweise zu Anspruch D:

Auf § 835 Absatz 3 Satz 2 ZPO (Zahlungsmoratorium von vier Wochen) und § 835 Absatz 4 ZPO wird der Drittschuldner hiermit hingewiesen.

Pfändungsschutz für Kontoguthaben und Verrechnungsschutz für Sozialleistungen und für Kindergeld werden seit dem 1. Januar 2012 nur für Pfändungsschutzkonten nach § 850k ZPO gewährt.

### Anspruch E (an Versicherungsgesellschaften)

1. auf Zahlung der Versicherungssumme, der Gewinnanteile und des Rückkaufwertes aus der Lebensversicherung/den Lebensversicherungen, die mit dem Drittschuldner abgeschlossen ist/sind
2. auf das Recht zur Bestimmung desjenigen, zu dessen Gunsten im Todesfall die Versicherungssumme ausgezahlt wird, bzw. auf das Recht zur Bestimmung einer anderen Person an Stelle der von dem Schuldner vorgesehenen
3. auf das Recht zur Kündigung des Lebens-/Rentenversicherungsvertrages, auf das Recht auf Umwandlung der Lebens-/Rentenversicherung in eine prämienfreie Versicherung sowie auf das Recht zur Aushändigung der Versicherungspolice

Ausgenommen von der Pfändung sind Ansprüche aus Lebensversicherungen, die nur auf den Todesfall des Versicherungsnehmers abgeschlossen sind, wenn die Versicherungssumme den in § 850b Absatz 1 Nummer 4 ZPO in der jeweiligen Fassung genannten Betrag nicht übersteigt.

### Anspruch F (an Bausparkassen)

aus dem über eine Bausparsumme von (mehr oder weniger) \_\_\_\_\_ Euro

abgeschlossenen Bausparvertrag Nr. siehe Anlage \_\_\_\_\_, insbesondere Anspruch auf

1. Auszahlung des Bausparguthabens nach Zuteilung
2. Auszahlung der Sparbeiträge nach Einzahlung der vollen Bausparsumme
3. Rückzahlung des Sparguthabens nach Kündigung
4. das Kündigungsrecht selbst und das Recht auf Änderung des Vertrags
5. auf \_\_\_\_\_

## Anspruch G

(Hinweis: betrifft Anspruch an weitere Drittschuldner bzw. schon aufgeführte Drittschuldner, soweit Platz unzureichend)

## Berechnung des pfändbaren Netto-Einkommens

(betrifft Anspruch A und B)

Von der Pfändung sind ausgenommen:

1. Beträge, die unmittelbar auf Grund steuer- oder sozialrechtlicher Vorschriften zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen des Schuldners abzuführen sind, ferner die auf den Auszahlungszeitraum entfallenden Beträge, die der Schuldner nach den Vorschriften der Sozialversicherungsgesetze zur Weiterversicherung entrichtet oder an eine Ersatzkasse oder an ein Unternehmen der privaten Krankenversicherung leistet, soweit diese Beträge den Rahmen des Üblichen nicht übersteigen;
2. Aufwandsentschädigungen, Auslösegelder und sonstige soziale Zulagen für auswärtige Beschäftigungen, das Entgelt für selbstgestelltes Arbeitsmaterial, Gefahren-, Schmutz- und Erschwerniszulagen, soweit sie den Rahmen des Üblichen nicht übersteigen;
3. die Hälfte der für die Leistung von Mehrarbeitsstunden gezahlten Teile des Arbeitseinkommens;
4. die für die Dauer eines Urlaubs über das Arbeitseinkommen hinaus gewährten Bezüge, Zuwendungen aus Anlass eines besonderen Betriebsereignisses und Treuegelder, soweit sie den Rahmen des Üblichen nicht übersteigen;
5. Weihnachtsvergütungen bis zum Betrag der Hälfte des monatlichen Arbeitseinkommens, höchstens aber bis zur Höhe des in § 850a Nummer 4 ZPO in der jeweiligen Fassung genannten Höchstbetrages;
6. Heirats- und Geburtsbeihilfen, sofern die Vollstreckung wegen anderer als der aus Anlass der Heirat oder der Geburt entstandenen Ansprüche betrieben wird;
7. Erziehungsgelder, Studienbeihilfen und ähnliche Bezüge;
8. Sterbe- und Gnadenbezüge aus Arbeits- und Dienstverhältnissen;
9. Blindenzulagen;
10. Geldleistungen für Kinder sowie Sozialleistungen, die zum Ausgleich immaterieller Schäden gezahlt werden.

☐ **Es wird angeordnet**, dass zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens zusammenzurechnen sind:

☐ Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_

☐ \_\_\_\_\_ und  
Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_

Der unpfändbare Grundbetrag ist in erster Linie den Einkünften des Schuldners bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ zu entnehmen,  
weil dieses Einkommen die wesentliche Grundlage der Lebenshaltung des Schuldners bildet.

☐ **Es wird angeordnet**, dass zur Berechnung des nach § 850c ZPO pfändbaren Teils des Gesamteinkommens zusammenzurechnen sind:

☐ laufende Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch von Drittschuldner (genaue Bezeichnung der Leistungsart und des Drittschuldners) \_\_\_\_\_

☐ \_\_\_\_\_ und  
Arbeitseinkommen bei Drittschuldner (genaue Bezeichnung) \_\_\_\_\_

Der unpfändbare Grundbetrag ist in erster Linie den laufenden Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch zu entnehmen. Ansprüche auf Geldleistungen für Kinder dürfen mit Arbeitseinkommen nur zusammengerechnet werden, soweit sie nach § 76 des Einkommensteuergesetzes (EStG) oder nach § 54 Absatz 5 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) gepfändet werden können.

☐ Gemäß § 850c Absatz 4 ZPO wird **angeordnet**, dass

☐ der Ehegatte ☐ der Lebenspartner/die Lebenspartnerin ☐ das Kind/die Kinder

bei der Berechnung des unpfändbaren Teils des Arbeitseinkommens

☐ nicht ☐ nur teilweise

als Unterhaltsberechtigte/-r zu berücksichtigen sind/ist.  
(Begründung zu Höhe und Art des eigenen Einkommens)

## Vom Gericht auszufüllen

(wenn ein Unterhaltsberechtigter nur teilweise zu berücksichtigen ist):

Bei der Feststellung des nach der Tabelle zu § 850c Absatz 3 ZPO pfändbaren Betrages bleibt die Unterhaltungspflicht des Schuldners gegenüber \_\_\_\_\_ außer Betracht. Der pfändbare Betrag ist deshalb ausschließlich unter Berücksichtigung der übrigen Unterhaltsleistungen des Schuldners festzustellen.

Der nach der Tabelle unpfändbare Teil des Arbeitseinkommens des Schuldners ist wegen seiner teilweise zu berücksichtigenden gesetzlichen Unterhaltungspflicht gegenüber \_\_\_\_\_

um weitere

☐ \_\_\_\_\_ € monatlich

☐ \_\_\_\_\_ € wöchentlich

☐ \_\_\_\_\_ € täglich

zu erhöhen.

Der dem Schuldner danach zu belassende weitere Teil seines Arbeitseinkommens darf jedoch den Betrag nicht übersteigen, der ihm nach der Tabelle des § 850c Absatz 3 ZPO bei voller Berücksichtigung der genannten unterhaltsberechtigten Person zu verbleiben hätte.

☐ **Es wird angeordnet, dass**

- ☐ der Schuldner die Lohn- oder Gehaltsabrechnung oder die Verdienstbescheinigung einschließlich der entsprechenden Bescheinigungen der letzten drei Monate vor Zustellung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an den Gläubiger herauszugeben hat
- ☐ der Schuldner das über das jeweilige Sparguthaben ausgestellte Sparbuch (bzw. die Sparurkunde) an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser das Sparbuch (bzw. die Sparurkunde) unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- ☐ ein von dem Gläubiger zu beauftragender Gerichtsvollzieher für die Pfändung des Inhalts Zutritt zum Schließfach zu nehmen hat
- ☐ der Schuldner die Versicherungspolice an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser sie unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- ☐ der Schuldner die Bausparurkunde und den letzten Kontoauszug an den Gläubiger herauszugeben hat und dieser die Unterlagen unverzüglich dem Drittschuldner vorzulegen hat
- ☐

☐ **Sonstige Anordnungen**

**Der Drittschuldner darf, soweit die Forderung gepfändet ist, an den Schuldner nicht mehr zahlen. Der Schuldner darf insoweit nicht über die Forderung verfügen, sie insbesondere nicht einziehen.**

☒ **Zugleich wird dem Gläubiger die zuvor bezeichnete Forderung in Höhe des gepfändeten Betrages**

☒ **zur Einziehung überwiesen.**

☐ **an Zahlungs statt überwiesen.**





Ausgefertigt:

Amtsgericht Pinnberg, 23.01.2018


ges. Rebuschat

(Datum,

Unterschrift Rechtspfleger) 

L.S. Barz JCS'in

(Datum,

Unterschrift Urkundsbeamter der Geschäftsstelle) **I. Gerichtskosten**

Gebühr gemäß GKG KV Nr. 2111

20,00 €

**II. Anwaltskosten gemäß RVG**

Gegenstandswert: 482,68 €

**1. Verfahrensgebühr**

VV Nr. 3309, ggf. i.V.m.Nr. 1008 15,00 €

**2. Auslagenpauschale**

VV Nr. 7002 3,00 €

**3. Umsatzsteuer**

VV Nr. 7008 3,42 €

**Summe von II.**

21,42 €

**Summe von I. und II.**

41,42 €



Inkassokosten gemäß § 4 Absatz 4 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG gemäß Anlage(n))

**FORDERUNGSKONTO Akte: 2034/15 Stand: 19.01.18****Gläubiger:**

Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband Schleswig-Holstein e.V, c/o Herrn Hans Wörmcke, Großer Ring 28, 25492 Heist

**vertr. d. Rechtsanwälte Triskatis & Kollegen, Lindenstr. 19-21, 25421 Pinneberg**

**Konto: VR Bank Pinneberg, IBAN DE36221914050049707050 BIC GENODEF1PIN**

**Schuldner:**

Henning von Stosch, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg

**Forderung / Titel:**

vollstreckbare Ausfertigung des Kostenfestsetzungsbeschlusses des AG Pinneberg vom 17.01.2017

Az.: 67 C 77/15

Nr.	Datum	Betrag €	Buchungstext	K. Zinsen	Kosten	H. Zinsen	H. Forderung.
1	10.02.2017	261,80	<b>Festgesetzte Kosten</b>	0,00	261,80	0,00	0,00
2	16.05.2017	21,42	PfÜB-Geb. Nr. 3309 VV RVG (Gegenstandswert 264,71 €)	2,88	283,22	0,00	0,00
3	17.05.2017	20,00	Gerichtskosten	2,91	303,22	0,00	0,00
4	12.06.2017	36,16	GV-Kosten	3,66	339,38	0,00	0,00
5	17.08.2017	21,42	Geb. Vermögensauskunft Nr. 3309 VV RVG (Gegenstandswert 345,02 €)	5,61	360,80	0,00	0,00
6	18.09.2017	32,26	GV-Kosten	6,54	393,06	0,00	0,00
7	27.10.2017	15,60	GV-Kosten	7,71	408,66	0,00	0,00
8	14.11.2017	43,85	GV-Kosten	8,22	452,51	0,00	0,00
9	04.12.2017	20,00	Gerichtskosten	8,82	472,51	0,00	0,00
		1,35	Zinsen vom 04.12.2017 bis 19.01.2018	10,17	472,51	0,00	0,00
	18.01.2018		Basiszins: -0,88 %				

**Kumulierte Beträge**

Gesamtkosten	472,51 € unverzinsliche Kosten	210,71 €
verzinsliche Kosten	261,80 € Kostenzinsen	10,17 €

**GESAMTFORDERUNG 482,68 € per 18.01.2018 zzgl. Tageszinsen 0,03 € ab dem 18.01.2018**

unverzinsliche Kosten:	210,71 €
verzinsliche Kosten:	261,80 € nebst Zinsen 5 %-Punkte über Basiszins
Hauptforderung	0,00 €
Summe ohne Zinsen:	472,51 €
Zinsen auf Kosten:	10,17 € Tageszinsen: 0,03 €

**Anlage zum Antrag auf Pfändungs- und Überweisung vom 18.01.2018**

auf Zahlung der zu Gunsten des Schuldners bestehenden Guthaben seiner sämtlichen Girokonten  
(Anspruch D) sowie aus dem/den abgeschlossenen Bauspar-Vertrag/Verträgen BAK-Nr. 105656  
(Anspruch F) zur

Kontonummer: DE82570206000330256079 und

Kontonummer: DE60570206000330256087.

Pinneberg, den 18.01.2018/hu.



Beglaubigt  
Obergriechen  
*[Handwritten signature]*



**DR I 78/18**

Bitte stets angeben!

OGV Eric Müller  
In den Heilgärten 2  
56332 Niederfell  
IBAN DE11 5705 0120 0102 7368 57  
BIC MALADE51KOB

Bitte wenden Sie sich bei allen  
Fragen an d. Auftraggeber / Gläub. /  
Vertr.!  
D. Gerichtsvollz. ist nur Zusteller.

Geschäftsnummer:

**76 M 170/18**(Kostenrg. s. auch Pfändungs- und  
Überweisungsbeschluss)**Kostenrechnung gem. GVKostG****(KV=Kostenverzeichnis)****A. Gebühren**

Geb. KV 100-102,604 13,00 EUR

**B. Auslagen**

Dokum.-paus. KV 700 11,00 EUR

Wegegeld KV 711 3,25 EUR

Sonst. Auslagen KV

701-707 4,11 EUR

Pauschale KV 716 3,00 EUR

**Gesamtsumme** 34,36 EUR

1x Post-ZU, 1x 840er ZU

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen  
diese Kostenrechnung kann  
Erinnerung (zweckmäßig begründet)  
beim Amtsgericht Koblenz,  
Karmeliterstraße 14, 56068 Koblenz  
schriftlich oder zu Protokoll der  
Geschäftsstelle eingelegt werden.

**Hinweis für Drittschuldner(in)**

Der Betrag ist mit einzubehalten  
und an d. Gläubig. ggf.  
mit zu überweisen.

**Zustellungsauftrag**

Begl. Abschrift vor- und nachstehenden  
Schriftstücks habe ich heute im Auftrag d.  
vorgenannten Gläub.(-Vertr.) als  
verschlossene mit meinem Namen, meiner  
Amtsbez., der Geschäftsnr. und der  
Anschrift d. Schuld. versehene Sendung  
an den bez. Empfänger der Postanstalt  
hierselbst mit dem Ersuchen übergeben,  
die Zustellung einem Postbediensteten des  
Bestimmungsortes aufzutragen. Den  
Namen meines Auftraggebers habe ich auf  
dem für den Empfänger bestimmten  
Schriftstück vermerkt. Datum wie ZU.

gez. Unterschrift

(Obergerichtsvollzieher)

**Zustellungsurkunde (§ 840 ZPO)**

Beglaubigte Abschrift

Beglaubigte Abschrift des hiermit verbundenen **Pfändungs- und Überweisungsbeschluss** nebst  
einer beglaubigten Abschrift dieser Zustellungsurkunde habe ich heute hier im Auftrag d. Gläubig.

**Kreisjägerschaft Pinneberg im Landesjagdverband c/o Herrn Hans Wörmcke, Großer Ring  
28, 25492 Heist**

vertreten durch

**Rechtsanwälte Triskatis & Kollegen, Lindenstraße 19-21, 25421 Pinneberg**

zur Zustellung an (Zustelladressat)

**Debeka Bausparkasse AG, Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18, 56073 Koblenz**

Der Schuldner:

**Herrn Henning von Stosch, Mühlenstraße 5, 25421 Pinneberg**

Gleichzeitig mit \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_, \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_, \_\_\_\_/\_\_\_\_/\_\_\_\_

☐ Vermerk gemäß § 121 Abs. 1 GVGA: Die – Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse –  
Zahlungsverbote - des - Amtsgerichts - \_\_\_\_ - Gesch.-Nr/n: \_\_\_\_  
vom \_\_\_\_ habe ich gleichzeitig mit dieser Zustellung an den Drittschuldner zugestellt.

☒ **übergeben, und zwar**☒ unter der Zustellanschrift☐ in der Wohnung - ☐ in dem Geschäftsraum☐ in meinem Geschäftsraum - ☐ an folgendem Ort \_\_\_\_☐ dem Adressaten persönlich☐ einer / einem Vertretungsberechtigten (gesetzl. Vertreter / Leiter)

Herr / Frau \_\_\_\_

☐ der / dem durch schriftliche Vollmacht ausgewiesenen rechtsgeschäftlichen Vertret.,  
nämlich Herr / Frau \_\_\_\_

☒ weil ich d. gesetzl. Vertreter(in) nicht angetroffen habe, dort e. erwachsenen Beschäftigten,  
nämlich Herrn Vogt Fries Gronwald Denes.

Bei Übergabe an Dritte: Hinweis auf alsbaldige Aushändigung an Zustellungsadressaten ist erfolgt.

Gemäß § 840 ZPO wird hierdurch d. Drittschuld. auf Verlangen d. Gläubig. aufgefordert,  
mir zwecks Aufnahme in die Zustellungsurkunde oder **binnen zwei Wochen** von der Zustellung  
dieses Pfändungsbeschlusses an gerechnet **meinem Auftraggeber** zu erklären:

1. ob und inwieweit d. Drittschuld. die Forderung als begründet anerkennt und Zahlungen zu leisten bereit sei;
2. ob und welche Ansprüche andere Personen an die Forderungen machen;
3. ob und wegen welcher Ansprüche die Forderung bereits für andere Gläubiger vorgepfändet sei; nur bei Kontopfändung;
4. ob innerhalb der letzten zwölf Monate im Hinblick auf das Konto, dessen Guthaben gepfändet worden ist, nach § 850I ZPO die Unpfändbarkeit des Guthabens angeordnet worden ist, und
5. ob es sich bei dem Konto, dessen Guthaben gepfändet worden ist, um ein Pfändungsschutzkonto im Sinne von § 850k Abs. 7 ZPO handelt.

D. Angetroffene erklärte nach Vorlegen der obigen Fragen:

☒ **Schriftliche Beantwortung zu 1.-3./5.**

Die Beantwortung der Fragen gem. § 840 ZPO wird schriftl. binnen  
2 Wochen an den/die Auftraggeber(in) - siehe oben - erfolgen.

- ☐ Zu 1. Wird anerkannt und - zu gegebener Zeit - überwiesen. Der Schuldner verdient - monatlich - wöchentlich -  
ca. \_\_\_\_ EUR - brutto - netto -. Der Schuldner hat \_\_\_\_ unterhaltspflichtige Personen.
- ☐ Zu 1. Wird nicht anerkannt. ☐ Der Schuldner ist am \_\_\_\_ ausgeschieden. ☐ Der Schuldner ist hier nicht beschäftigt.  
☐ Der Schuldner hat keine Lohnforderungen - ☐ mehr - zu stellen.  
☐ Das Einkommen des Schuldners liegt mit \_\_\_\_ EUR unter dem pfändbaren Betrag.
- ☐ Zu 2. Es liegen - ☐ keine - Ansprüche anderer Personen in Höhe von ca. \_\_\_\_ EUR vor.
- ☐ Zu 3. Es liegen - ☐ keine - Vorforderungen in Höhe von ca. \_\_\_\_ EUR vor.
- ☐ Zu 4. Innerhalb der letzten 12 Monaten wurde eine Pfändung des Kontos - ☐ nicht - aufgehoben.
- ☐ Zu 4. Innerhalb der letzten 12 Monaten wurde die Unpfändbarkeit des Kontos - ☐ nicht - angeordnet.
- ☐ Zu 5. Bei dem Konto handelt es sich - ☐ nicht - um ein Pfändungsschutzkonto gem. § 850 k Abs. 7 ZPO.

☐ Zu \_\_\_\_  
Es wird keine  
Erklärung abgegeben.

Vorgelesen/Zur Durchsicht vorgelegt, genehmigt, unterschrieben:

Koblenz, 02.02.18 8 Uhr 34 Minuten

gez. Unterschrift

gez. Eric Müller, Obergerichtsvollzieher  
Beglaubigt

Sämtliche verbundenen Schriftstücke sind hiermit ebenfalls beglaubigt.

(Unterschrift und Stempel d. Drittschuld.)

(Eric Müller Obergerichtsvollzieher beim AG Koblenz)



